

1955

11. Januar 1955

Ein ereignisreiches Jahr 1955: Beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten unterhielt ich mich eine Weile mit dem Bundeskanzler. Das Gespräch wandte sich dem kommenden Jahr zu, ob es bewegter oder ruhiger sein werde. Adenauer glaubt an ein sehr ereignisreiches Jahr und speziell für sich rechnet er – trotz Billigung der Verträge durch die französische Nationalversammlung – nicht damit, daß die Zeiten ruhiger würden. Bereits in den nächsten Tagen stünden ihm z. B. eine schwere Konferenz mit Mendès-France bevor. Offenbar wechseln bei der Beurteilung von Mendès-France immer wieder Licht und Schatten, denn mein Interlocutor anerkannte wohl vorbehaltlos die Art, wie Mendès-France sich für die Ratifizierung der Verträge eingesetzt hatte, er bewundert auch seinen Mut und seine Durchschlagskraft, doch liege im Wesen von Mendès-France eine gewisse Undurchsichtigkeit und Unverbindlichkeit. Sein außenpolitischer Adlatus, mit dem ich anschließend sprach, drückte sich ähnlich aus: Bei Mendès-France wisse man oft nicht recht, woran man sei; seine raschen und direkten Methoden, zu verhandeln, würden bisweilen sprunghaft wirken. In Baden-Baden – fuhr Adenauer fort – wolle er über die Viererkonferenz sprechen. Mendès-France habe London und Washington vorgeschlagen, eine neue Note an Moskau zu richten wegen Abhaltung einer Viererkonferenz und dabei die nicht ungefährliche Anregung gemacht, daß, wenn die Angelsachsen einen solchen Schritt nicht wünschen, er – Mendès-France – bereit wäre, für sie in Moskau zu sondieren. Dies sei ein abwegiges Verfahren. Er – Adenauer – sei durchaus *für* eine Viererkonferenz als einen weiteren Versuch einer Entspannungspolitik zwischen Ost und West und weil dies von der französischen wie der deutschen öffentlichen Meinung lebhaft verlangt wird, doch sei der gegenwärtige Zeitpunkt für diese Konferenz ungeeignet; zuerst müsse unter die überfällige Ratifizierung endlich ein Schlußstrich gesetzt werden. Durch Zwischenverhandlungen würde die Endentscheidung aufs neue auf die lange Bank geschoben. Noch immer sei seine Hauptsorge: ein Bruch in der Solidarität des Westens. Moskaus Hauptziel bleibe, die US von Westeuropa zu lösen. Dieses Risiko sei, solange die vertraglichen Bindungen nicht perfekt sind, sehr ernst zu nehmen.

Konferenz Adenauer – Mendès-France in Baden-Baden: Starke Zurückhaltung kennzeichnet die Einstellung der führenden politischen Kreise Bonns zu dieser

Konferenz und deren Aussichten. Man tut gut, von dieser bloß eintägigen Konferenz keine zu großen Ergebnisse zu erwarten. Da keine feste Traktandenliste besteht, kommen fast zu viele Fragen der deutsch-französischen und auch der internationalen Politik zur Sprache: Viererkonferenz, Rüstungspool, vielleicht lockende Offerten zur gemeinsamen Erschließung Afrikas; werden diese den sauren Apfel des Saarproblems schmackhafter machen? Auch dem französischen Wunsch des Moselkanals steht die heikle Frage des Rheinseitenkanals gegenüber. Unter diesen Umständen wird die Konferenz mehr einen vorbereitenden Charakter haben. Adenauer wollte sie, um sein dem Bundestag gegebenes Wort von neuen Saarverhandlungen einzulösen; Mendès-France wünscht sie, um für seinen Rüstungspool-Plan das Terrain zu lockern.

Die Saarbesprechungen werden sich im Rahmen von bloßen Ausführungsbestimmungen halten müssen; es wird auch vom Saarkommissar, seinen Befugnissen und seiner Person gesprochen werden, aber es wird kaum – wie es Adenauers Kritiker fordern – zu Zugeständnissen kommen, die das Gesicht des Saarabkommens ändern. Mendès-France kann es nicht und Adenauer kann auch nicht mehr wie einst, large Konzessionen machen, denn seine Position ist nicht mehr so stark wie früher; Teile seiner Regierungskoalition sind nicht mehr geneigt, mit ihm durch dick und dünn zu gehen.

Der im Mittelpunkt der französischen Wünsche stehende Rüstungspool findet in Bonn kühle Aufnahme. Begrüßt wird die französische Initiative zur Standardisierung der Waffen; dagegen steht man dem Plan eines zentralen Rüstungsamtes kritisch gegenüber. Man verweist darauf, daß bereits die Westeuropäische Union ein Organ für Rüstungskontrolle vorsehe. Daß Mendès-France plötzlich, nach Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, auf die supranationale Lösung zurückgreift, macht stutzig. Was steckt dahinter? Man befürchtet, es gehe Frankreich darum, via Rüstungspool die Verteilung der von den USA gelieferten Waffen zu kontrollieren. Diese Kontrolle werde in der Praxis auf eine Diskriminierung der Bundesrepublik hinauslaufen. Die andere Besorgnis ist, daß, wenn ein so großer Sektor der Wirtschaft einer zentralen Bürokratie unterstellt werde, dies zu einem Rückfall in den Dirigismus führen würde. Unter diesen Umständen bedeutet die Ernennung Minister Erhards – des Champions des Liberalismus – zum deutschen Delegationschef in der Rüstungspool-Konferenz ein ganzes Programm. Man will die Erörterung des Rüstungspools möglichst von der politischen auf die wirtschaftliche Ebene schieben.

Interessant ist, daß der Widerstand gegen den französischen Plan nicht in erster Linie von der Schwerindustrie ausgeht. Diese ist gar nicht besonders erpicht auf das Rüstungsgeschäft, weil ihr das Exportgeschäft, der Weltmarkt wichtiger erscheinen als Rüstungsaufträge.

Endlich hat man – trotz Beschwichtigungen aus Paris – den Verdacht, Frankreich plane ein neues Junktim zwischen dem Zustandekommen des Rüstungspools und der Ratifizierung der Verträge. Diese Methode, Bonn unter

Druck zu setzen, wäre in der Tat wenig glücklich, weil das deutsche Parlament in diesem Punkt empfindlich, überempfindlich geworden ist.

5. Mai 1955

Die Bundesrepublik souverän: Heute treten die Pariser-Verträge in Kraft. Die Bundesrepublik wird nach zehn Jahren Besetzung souverän. Allerdings bestehen Einschränkungen hinsichtlich 1. der Wiedervereinigung, 2. Berlins und 3. in militärischer Beziehung. Auf diesen drei Gebieten haben sich die drei Alliierten Rechte vorbehalten. 68

Die Souveränitätserklärung ist mehr als die juristische Bestätigung einer Freiheit, der sich die Bundesrepublik bereits weitgehend erfreute. Sie ist der Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen Bonn und dem Westen. Die Bundesrepublik wird zum gleichberechtigten Staat. Adenauer hat sein erstes Ziel erreicht. Mit der Souveränität erhält die Bundesrepublik u. a. das Recht zu einer eigenen, unabhängigen Außenpolitik. Sie kann insbesondere mit den Oststaaten diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Die nach außen sichtbarste Änderung bildet die Auflösung der Hohen Kommission. Die drei bisherigen Hochkommissare werden in Zukunft als Botschafter ihre Länder in Bonn vertreten. Die Übergabe der Beglaubigungsschreiben durch Conant¹²⁵ (USA), Hoyer Millar¹²⁶ (Großbritannien) und François-Poncet (Frankreich) findet heute statt. Daß François-Poncet bleibt, hat hier überrascht. Es wird vermutet, in Paris sei man sich nicht darüber einig geworden, wer erster Botschafter werden solle. Mit einer Änderung in absehbarer Zeit wird gerechnet.

Eine weitere Folge des neuen Status' bildet die Umwandlung der in der Bundesrepublik sich aufhaltenden alliierten Besatzungstruppen in Stationierungstruppen. Deren Angehörige haben von heute an die deutschen Gesetze zu beachten. Die Vorrechte der alliierten Streitkräfte, zum Beispiel auf dem Gebiet der Beschlagnahmen, werden wesentlich eingeschränkt.

Die wissenschaftliche Atomforschung, die gesamte Industrieproduktion – abgesehen vom Kriegsmaterial – wird frei. Die alliierte Kontrolle in der Frage der Restitution und Kartelle entfällt. Die Alliierten dürfen keine Ausweisungen von Deutschen oder Ausländern aus der Bundesrepublik mehr vorneh-

¹²⁵ Conant, James Bryant (1893–1978), amerikanischer Wissenschaftler, Diplomat und Kulturpolitiker, maßgeblich an der Entwicklung der Atombombe beteiligt, 1946 Mitglied des Beratenden Ausschusses der Atomenergiekommission, 1953–1955 Hoher Kommissar, 1955–1957 erster Botschafter der USA in der Bundesrepublik.

¹²⁶ Millar, Frederick Hoyer (geb. 1900), britischer Diplomat, 1923 an der Botschaft Berlin, 1934–1938 im Foreign Office, 1939–1943 in Washington, 1950–1952 Vertreter bei der NATO, 1953–1956 britischer Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn, dann bis 1961 Unterstaatssekretär im Foreign Office.

men. Diese erhält die Lufthoheit endgültig zurück. Änderungen der territorialen Gestaltung der Länder liegen nun allein in deutschem Ermessen.

Wichtige Merkmale sind die Aufhebung der numerischen Beschränkung des Grenzschutzes und die nun anlaufende Wiederaufrüstung. Die nötigen Schritte zur Verwirklichung der militärischen Planung sollen sofort getan werden. Nach einer Erklärung des Amtes Blank werden dem Bundestag die erforderlichen Ausführungsgesetze (Soldatengesetz, Besoldungsgesetz, Versorgungsgesetz, Eignungsprüfungsgesetz) demnächst zugeleitet. Für den Aufbau der gesamten nach den Pariser-Verträgen vorgesehenen deutschen Streitkräfte von 500 000 Mann veranschlagt das Amt drei Jahre. Ende dieses Jahres werden die ersten Freiwilligen ihre Einberufung erhalten. In diesem Zeitpunkt dürften die ersten Lehrgänge für die Ausbildung der Kader beginnen. Man hofft nach ungefähr 18 Monaten über Kader in der Stärke von 150 000 Mann zu verfügen, so daß Ende 1957 zur Einberufung der ersten Wehrpflichtigen geschritten werden könnte.

Von der seitens der Regierung ursprünglich geplanten Feierlichkeit anlässlich der Souveränitätserklärung ist nicht viel übrig geblieben. Die Opposition, aber auch die Koalitionsparteien schlossen sich dem Vorschlag der Christlichen Demokratischen Union, einen Staatsakt durchzuführen, nicht an und zwar mit der Begründung, solange die Wiedervereinigung noch hängig sei, bestehe kein Grund, die Wiedererlangung der Freiheit besonders herauszustreichen. Es findet indessen eine feierliche Kabinettsitzung statt und der Kanzler wird am Rundfunk sprechen.

Wiedervereinigung: Diese wird mit dem heutigen Tage erst recht zum Hauptziel der deutschen Politik. Das wird von allen Parteien betont. Das gestrige Gespräch zwischen Adenauer und dem Führer der Opposition brachte einmal mehr keine Annäherung. Ollenhauer fordert ein militärisch ungebundenes Deutschland als vollberechtigter Partner eines kollektiven Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Westen und der Osten hätten sich zusammen mit Gesamtdeutschland über dessen militärischen Beitrag zur Sicherheit Europas zu einigen. Dieser Beitrag dürfe für niemand eine Drohung sein. – Die Sozialdemokratische Partei möchte also darauf verzichten, Gesamtdeutschland in das Pariser-Vertragswerk einzubeziehen. Diesen Gedanken lehnt Adenauer ab. Er hat bisher stets die Meinung vertreten, auch Gesamtdeutschland müsse sich nach dem Westen orientieren.

Die Freie Demokratische Partei bedauert, daß die Regierung noch kein Verhandlungskonzept für die Vorbesprechungen über eine Viermächtekonferenz besitze. Sie macht konstruktive Vorschläge zur Wiedervereinigung, die das Sicherheitsbedürfnis des Ostens in den Vordergrund stellen. Ihr Programm enthält folgende Punkte: 1. Ausdrücklicher Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Rückgewinnung der Ost-Oder-Gebiete; 2. Entmilitarisierung Mitteldeutschlands, d. h. des heute von der Deutschen Demokratischen Republik beherrschten Gebietes; 3. Zugang der Sowjets zu den Erzvorkommen in der

Ostzone, sofern die Atomrohstoffe für die Russen unentbehrlich sind und so lange kein Abkommen über die Atomrüstung besteht; 4. Ausdehnung des Handels mit den Sowjets, da diese am Bezug von Sachgütern interessiert seien; 5. Die vertragliche Rüstungsbeschränkung der Westeuropäischen Union könne zum Ausgangspunkt für eine Dachorganisation der kollektiven Sicherheit gemacht werden.

Über den Termin einer Viermächtekonferenz ist in Bonn noch nichts Zuverlässiges zu erfahren.

*Verhandlungen Adenauer-Pinay*¹²⁷: Die letzten Hindernisse zur Verwirklichung der Pariser-Verträge sind Ende April durch die Besprechungen des Kanzlers mit dem französischen Außenminister beseitigt worden. Wie mir ein hoher Beamter im Bundeskanzleramt und Vertrauter Adenauers bestätigte, ist in allen Punkten Übereinstimmung erzielt worden. Schwierigkeiten habe es nur bei der Abfassung des Communiqués gegeben. Die Meinungsverschiedenheiten in der Saarfrage seien behoben. Eigentlicher Kernpunkt habe der Röchling-Komplex gebildet. Hier sei es auf beiden Seiten um eine Lösung um jeden Preis gegangen: Frankreich und die Bundesrepublik lösen die Rechte der deutschen Eigentümer mit deren Einverständnis durch Zahlung von je 100 Millionen Schweizerfranken ab. Die Familie Röchling, deren Verhalten während des Krieges in Paris Unwillen erregte, wird nicht mehr an die Saar zurückkehren. Die französische Regierung hält ihren Reparationsanspruch aufrecht. Über diesen haben sich die neuen Eigentümer, Frankreich und die Bundesrepublik, später zu einigen.

Über die Anwendung des Saarabkommens sollen dem Rat der Westeuropäischen Union am 10. Mai in Paris gemeinsame Vorschläge unterbreitet werden. Sie betreffen namentlich die Befugnisse des europäischen Kommissars.

Adenauers Saarpolitik hat also schließlich zum Erfolg geführt. Die Zukunft wird zeigen, ob sich die deutschen Opfer rechtfertigen. Da das Bundesverfassungsgericht dieser Tage die von der Sozialdemokratischen Partei eingereichte Klage auf Verfassungswidrigkeit des Saarabkommens abgelehnt hat, sind auch die letzten rechtlichen Klippen umschifft und die Regierung hat auch im Innern freie Hand.

Wesentlich sei am Verhandlungsergebnis, so fuhr mein Gesprächspartner fort, der beiderseitig erneut betonte Wille zur europäischen Zusammenarbeit. Deren Fortentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet stehe im Vordergrund. Die früher erörterten Pläne – wie z. B. der Pflimlin-Plan – sollten wieder aufgenommen und außerdem die Verkehrsfragen, der Flugzeugbau und die Atomforschung für friedliche Zwecke im Sinne der Integration gefördert werden.

¹²⁷ Pinay, Antoine (geb. 1891), französischer Politiker, 1948–1949 und 1950 Staatssekretär für Wirtschaftsfragen, 1950–1952 Minister für öffentliche Arbeiten, 1952 Ministerpräsident und Finanzminister, 1955–1956 Außenminister, 1958–1959 Wirtschafts- und Finanzminister, 1959–1960 Finanzminister.

7. Juni 1955

- 69 *Kabinettsumbildung*: Der Ruf nach einem eigenen Außenminister ist alt. Es ist kein Geheimnis, daß das Auswärtige Amt der Führung entbehrte, da Adenauer wegen mehrfacher Kumulierung von Ämtern: Außenminister, Bundeskanzler und Parteichef der Christlich Demokratischen Union (CDU) so absorbiert war, daß er seine Aufmerksamkeit nur der hohen Politik zuwenden konnte.

Nun ist die vom Bundestag seit langem gewünschte und von Adenauer häufig angekündigte, aber ebenso oft hinausgeschobene Ernennung des Außenministers erfolgt. Wie erwartet, wurde Dr. Heinrich von Brentano ernannt. Brentano ist 51jährig, entstammt der alten Frankfurter Familie, welcher die Dichter Clemens und Bettina Brentano, der als Kathedersozialist bekannte Nationalökonom Lujo Brentano entsprossen waren. Seine politische Vergangenheit ist ohne jeden Tadel: Während des Naziregimes hielt der damalige Rechtsanwalt sich von allen Ämtern fern; umso eifriger trat er 1945 in die Politik: er ist Begründer der CDU in Hessen, seit 1949 Abgeordneter des Bundestags und Fraktionschef der CDU.

Eine schwere Aufgabe harrt Brentanos. Es ist keine dankbare Rolle, Nachfolger Adenauers und in seinem Schatten Außenminister zu sein, denn die Politik, also auch die Außenpolitik wird natürlich auch in Zukunft – wie es im Grundgesetz festgelegt ist – vom Bundeskanzler bestimmt werden. Immerhin können starke Persönlichkeiten, wie es das Beispiel der Minister Erhard und Schäffer zeigt, neben Adenauer sich durchsetzen. Brentano ist keine schwache Persönlichkeit; doch geht von seinem nervösen Wesen natürlich nicht die Sicherheit aus, mit der Adenauer seine große internationale Autorität gewann. Obwohl nicht Berufsdiplomat, ist er für sein Amt sehr gut vorbereitet. Immerhin hat er während seines sechsjährigen Wirkens als Fraktionschef der CDU viele parlamentarische und außenpolitische Bewährungsproben bestanden. Er gilt als einer der berufensten Ausleger der Außenpolitik des Bundeskanzlers. Durch seine jahrelange Tätigkeit im Straßburger Europarat erwarb er sich zahlreiche internationale Beziehungen namentlich auch eine Reihe persönlicher Freunde in Paris. Seit zehn Jahren zu den engsten Parteifreunden Adenauers zählend, darf die Prognose gewagt werden, daß die beiden Männer sich einspielen werden. Das Verhältnis zwischen ihnen erinnert in manchem an dasjenige von Churchill und Eden. Für die Kontinuität der Adenauerschen Außenpolitik dürfte es förderlich sein, daß diese schon zu seinen Lebzeiten einen Nachfolger findet.

Gleichzeitig fand die Ernennung des ersten Verteidigungsministers, Theodor Blank¹²⁸, statt. Er ist 49 Jahre alt, kommt aus der Christlichen Gewerk-

¹²⁸ Blank, Theodor (1905–1972), christlicher Gewerkschafter, ab 1945 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1949–1972 MdB, 1955–1956 Bundesverteidigungsminister, 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1965–1969 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Bundestag.

schaftsbewegung; erst als 30jähriger bestand er Abitur und studierte Mathematik und Physik. Auch seiner harrt eine nicht minder schwierige Stellung sowie die heikle Aufgabe, die vielen personellen Fragen, welche der Aufbau der neuen deutschen Armee stellt, zu lösen. An erster Stelle steht die Frage des Oberbefehls und der Suprematie der Zivilgewalt über das Militär.

Der dritte neu ernannte Minister ist der 49jährige Hans-Joachim von Merkatz¹²⁹. Er ist Nachfolger des zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen gewählten Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates Hellwege¹³⁰. Aus einer alten preußischen Adels- und Offiziersfamilie stammend, wandte er sich nicht der militärischen Laufbahn zu, sondern der Volkswirtschaft, Geschichte und dem Völkerrecht. Seine politische Vergangenheit während der Zeit des Naziregimes ist ebenso untadelig wie diejenige der beiden anderen neu ernannten Minister. Der konservativen Rechten angehörend, erwarb er sich im Parlament durch sein festes und charaktervolles Auftreten auch bei den anderen Parteien allgemeine Sympathien. Er war Fraktionschef der Deutschen Partei (DP).

7. Juni 1955

Russischer Vorschlag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik: Heute abend war ich Gast des deutschen Parlamentarischen Clubs und befand mich zufällig in Gesellschaft von Staatssekretär Hallstein als die sensationelle Nachricht eintraf, daß die Sowjetunion der Bundesrepublik vorschlug, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Hallsteins erste Reaktion war, es entspreche einem wiederholt geäußerten Wunsch der Bundesregierung, mit Moskau diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen. Über Adenauers Einladung nach Moskau konnte er sich noch nicht äußern; doch hatte ich nicht den Eindruck, daß Bonn den Besuch grundsätzlich ablehnen wird – im Gegenteil! Doch wird Adenauer zunächst programmgemäß Mitte Juni nach Washington und London reisen und dort Gelegenheit haben, die Lage eingehend zu besprechen und Eisenhower, Dulles sowie Eden und Macmillan¹³¹ darzulegen, daß im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau die Kontinuität seiner Bündnispolitik mit dem Westen

70

¹²⁹ Merkatz, Hans-Joachim von (1905–1982), 1949–1969 MdB, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1955 stellvertretender Vorsitzender der DP, 1960 Übertritt zur CDU.

¹³⁰ Hellwege, Heinrich (geb. 1908), 1946–1950 MdL Niedersachsen, 1949–1955 MdB und Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, Vorsitzender der Deutschen Partei, 1961 Übertritt zur CDU.

¹³¹ Macmillan, Harold Maurice (1894–1986), britischer Politiker, 1954–1955 Verteidigungsminister, 1955 Außenminister, 1957–1963 Premierminister und Führer der Konservativen.

nicht in Frage gestellt sei. Dabei dürfte Adenauer sehr zu statten kommen das große Kapital an Vertrauen in den USA und seine Bewegungsfreiheit entsprechend vergrößern.

Jedenfalls müsse der Moskauer Schritt trotz prinzipieller Bereitschaft noch reiflich überlegt werden. Das von Moskau in der Note umrissene Gesprächsprogramm bedürfe eingehender Vorbereitungen und vor allem der Abklärung hinsichtlich der Frage der Wiedervereinigung. Ist es den Russen ernst mit der Wiedervereinigung Deutschlands? Oder erstreben sie die Konsolidierung der derzeitigen Spaltung? Wäre letzteres der Fall und sollten nach Ansicht des Kremls *zwei* deutsche Botschafter in Moskau tätig sein, so könne Bonn nicht mitmachen.

Unter den Gästen des Abends – etwa 150 Abgeordnete, darunter alle Führenden – herrschte große Genugtuung über den Schritt des Kremls. Man sieht darin den großen persönlichen Erfolg Adenauers und die Bestätigung für die Richtigkeit seines außenpolitischen Kurses. Die These der Sozialdemokraten, nach Ratifizierung der Pariser Verträge würden die Sowjets jede Diskussion der deutschen Frage glatt ablehnen, ist widerlegt.

Der russische Schritt wird hier als Element der Entspannung gewertet, denn es ist, wie ein angesehener Parlamentarier halb im Scherz, halb im Ernst zu mir sagte: die Beziehungen sind *de facto* bereits aufgenommen. In der Tat war die sowjetische Note – ohne Vermittler – von der sowjetischen Botschaft in Paris direkt an die dortige Deutsche Botschaft gerichtet und von dieser akzeptiert worden.

16. Juni 1955

71 *Sowjetische Einladung an Adenauer:* Auf Grund von Unterhaltungen mit verschiedenen hiesigen Politikern, darunter mit dem neuen Außenminister von Brentano, sehe ich die Einstellung Bonns zu einigen Fragen der sowjetischen Einladung – wenigstens in ihren Konturen – sich abzeichnen:

1.) Bonn ist grundsätzlich *für* die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion. Desgleichen wird die von Moskau an Adenauer ergangene Einladung grundsätzlich bejaht. Doch soll die Moskaureise des Kanzlers erst nach *gründlicher* Vorbereitung stattfinden. Das soll heißen, daß an einen Termin im Spätsommer oder Herbst gedacht wird. Unter gründlicher Vorbereitung ist der Versuch zu verstehen zu sondieren bzw. zu verstehen geben, welche Verhandlungsziele in Betracht kommen und welche zu eliminieren sind.

2.) Zu den auszuschheidenden Verhandlungszielen gehört in erster Linie der Gedanke, die Bundesrepublik könnte ihr Bündnis mit dem Westen aufgeben. Adenauer lehnte dieses Ansinnen in wiederholten öffentlichen Erklärungen ab (Interview New York Times vom 12. Juni), desgleichen die Neutralisierung Deutschlands. Seine Antwort lautete: „Die Verträge, durch die die Bundesre-

publik zum Partner der freien Welt geworden ist, sind für uns kein Handelsobjekt. Wir können und werden keine Politik der Neutralität betreiben. Jede Neutralisierung Deutschlands würde das Ende unserer Freiheit bedeuten und die Sicherheit Europas gefährden.“ Weiter führte er aus: „Ich bin überzeugt davon, daß die öffentliche Meinung in Deutschland auch künftig die vertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten als Grundlage unserer Außenpolitik unter allen Umständen anerkennen wird. Sie weiß genau, daß jedes Abweichen hiervon alle bisherigen Erfolge in Frage stellen würde.“

3.) Sehr eindeutig wird der Gedanke abgelehnt, die Bundesrepublik könnte sich bereit erklären, mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Zur allgemeinen Überraschung dagegen hat Außenminister von Brentano auf einen anderen Aspekt dieser Frage sehr elastisch reagiert. Er hat die Möglichkeit gleichzeitiger diplomatischer Vertreter der Bundesrepublik und der DDR in Moskau nicht a limine abgelehnt. Vielmehr sagte er, es gäbe da viele Möglichkeiten. Er verwies auf das Nebeneinander von Vertretungen der Bundesrepublik und der DDR in Helsinki und daß der dort bestehende Zustand nicht mit einer Anerkennung der DDR verbunden sei. Mit anderen Worten, die Anwesenheit eines ostzonalen Botschafters in Moskau wäre für die Bundesrepublik kein absolutes Hindernis, diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen, wenigstens nicht im Anfangsstadium! Brentano sagte mir, er wolle nicht mit Hilfe einer Nebenfrage der Hauptfrage, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ausweichen.

4.) Wege zur Wiedervereinigung: Da man das Bündnis mit dem Westen nicht aufgeben will, rechnet man mit sehr lang dauernden Verhandlungen. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur erreicht werden in einer Atmosphäre allgemeiner Entspannung. Diese soll durch Abrüstung und kollektive Sicherheit herbeigeführt werden. Adenauer erklärte: „Die Bundesregierung steht dem Gedanken eines allgemeinen Sicherheitssystems für Europa positiv gegenüber. Jedoch betrachtet sie als Voraussetzungen für die Wirksamkeit eines solchen Systems die Wiedervereinigung Deutschlands und die Beteiligung der Vereinigten Staaten und Kanadas. Die Bundesrepublik begrüßt jede Maßnahme, die geeignet ist, zu einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung zu führen, als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine allgemeine Entspannung.“

Der Text der an die Bundesrepublik gerichteten russischen Note war überraschend gemäßigt. Sie enthält keine Vorwürfe gegen die Bundesrepublik, keine Ausfälle gegen Adenauer. Im Gegenteil: Der oft als Verräter Geschmähte wird nach Moskau eingeladen. Der Bundesrepublik wird fast der Hof gemacht. Sehr interessant ist, daß für die Verhandlungen keinerlei Bedingungen gestellt werden.

In der Tat liegt erhöhtes russisches Werben in der Luft. Den Sowjets stehen viele verführerische Konzessionen zur Verfügung: freie Wahlen, internationale Kontrolle, Wiedervereinigung, Revision der Oder-Neiße-Linie gegen den

Preis der Aufgabe der Pariser Verträge. Adenauer soll dadurch in das schwere Dilemma hineinmanövriert werden: Er soll vor deutscher Öffentlichkeit als Politiker hingestellt werden, der ein Bündnis mit dem Westen der deutschen Wiedervereinigung vorzieht. Adenauer ist zu diesem Weg – wenn nötig – auch bereit, und er wird – wenn nicht alle Zeichen trügen – trotz größter Anfechtungen auch den erforderlichen Rückhalt im Parlament schließlich finden.

24. Juni 1955

72 *Vor den Konferenzen in Genf und Moskau:* Ich unterhielt mich mit führenden deutschen Politikern, darunter dem ersten Berater des Bundeskanzlers über Aspekte und Perspektiven der bevorstehenden Konferenz in Genf und Moskau.

Die Bundesregierung wird nächste Woche auf die sowjetische Einladung nach Moskau zur Herstellung normaler Beziehungen antworten und zwar in Form einer Note, welche durch die Deutsche Botschaft in Paris der dortigen Sowjetischen Botschaft überreicht wird. Weitere Kontakte zwischen diesen beiden Botschaften werden erstrebt, doch erst nach Überreichung der Note. Die Antwort wird auf beide Einladungen: zum Besuch wie zur Aufnahme der Beziehungen positiv lauten. Als Datum von Adenauers Besuch in Moskau käme September, jedenfalls nur ein Termin *nach* der Genfer Viererkonferenz in Betracht. Bedingungen werden nicht gestellt, insbesondere nicht Fragen wie Anerkennung der Sowjetzone und Revision der Oder-Neiße-Linie etc. als Voraussetzungen aufgeworfen.

In dem anzubahnenden deutsch-russischen Gespräch wird die Frage der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl auf 100 000 (inklusive die Zivilinternierten) geschätzt wird, große Bedeutung annehmen. Adenauer dürfte sie in Moskau als eine der ersten zur Sprache bringen. Über Moskaus Pläne für die Konferenz weiß man hier noch nichts Genaues. Man glaubt, daß die Hauptziele der Sowjets sich nicht geändert haben; nach wie vor wollen sie die Amerikaner aus ihren kontinentalen Stützpunkten hinausmanövrieren und die Herauslösung Deutschlands aus dem westlichen Bündnis. Dafür sind sie – rechnet Bonn – bereit, mit ihren Angeboten bis an die Grenze des für Moskau Tragbaren zu gehen. Wo diese liegt, darüber gibt es nur Mutmaßungen. Regierungskreise teilen nicht die illusionistischen Erwartungen der Presse, daß die Angebote bis zu einer Revision der Oder-Neiße-Linie gehen könnten. Doch wäre nicht ausgeschlossen, daß die Wiedervereinigung inklusive international kontrollierter Wahlen angeboten würde.

Da das russische Hauptziel (Loslösung vom Westen) für Bonn inakzeptabel ist, zerbricht man sich den Kopf, mit welchen Gegenleistungen man den Russen entgegenkommen könnte, um trotzdem zur Wiedervereinigung Deutschlands zu gelangen. Da die Sowjets wegen der Erstarkung des Westens und auch wegen der Entwicklung Chinas zur Weltmacht ein zunehmendes Bedürfnis

nach Sicherheit haben, dürften sie interessiert sein, ihr Verhältnis zu Deutschland in Zukunft zu verbessern. In der Abrüstungsfrage könnte sodann eine mit Garantien versehene Limitierung der deutschen Aufrüstung für die Russen Wert haben. Auch in der Frage der Stützpunkte möchte Bonn nicht starr sein. Eine Möglichkeit wäre, daß Osten und Westen im Rahmen eines Sicherheitssystems einen langfristigen Plan ausarbeiten, wie die amerikanischen und sowjetischen Militärbasen in gewissen geographischen Räumen und zeitlichen Abschnitten zurückzuziehen seien; natürlich dürfte das niemals bis zum vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland gehen.

Genfer Konferenz: Adenauer kam von seinen Kontakten mit Eisenhower, Dulles, Eden und Macmillan sehr befriedigt zurück. Er vermied, auf eine direkte Beteiligung der Bundesrepublik an der Genfer Konferenz zu dringen, um damit nicht die Frage einer Beteiligung der Sowjetzone aufzuwerfen. Doch soll Bonn – anders als bei der 1954er Berliner Konferenz – nicht nur informiert, sondern auch konsultiert werden. Zu diesem Zweck begibt sich eine deutsche Delegation von Beobachtern nach Genf. Zeitungsmeldungen über eine „Achse Bonn-Washington“ seien Nonsense; sie widersprächen der politischen Grundkonzeption von der „Einigkeit des Westens“. In Abrede gestellt wird auch, daß die deutsche Frage bei der Genfer Konferenz kaum, sondern erst bei den Moskauer-Besprechungen mit Adenauer verhandelt werden sollte. Die amerikanischen und englischen Staatsmänner versprachen Adenauer, die Deutschland-Frage in Genf als eines der wichtigsten Probleme zu behandeln. Übrigens wäre es eine Illusion, die Lösung des Deutschland-Problems ausschließlich von direkten Verhandlungen Bonn-Moskau zu erwarten. Die Deutschland-Frage muß schon deshalb in Genf eine Rolle spielen, weil weder das allgemeine Abrüstungsproblem noch die sowjetischen Forderungen auf Sicherheitsgarantien sich vom Deutschland-Problem trennen lassen. Ein Sachverständigenausschuß der Westmächte für die Deutschland-Frage wurde gebildet. Delegierte der Bundesrepublik werden mitwirken. Er tritt dieser Tage in Bonn zusammen.

Alles in allem ist man in Bonn, was die Chancen der Konferenz angeht, mehr skeptisch als optimistisch. Trotz der wiederholten Gesten Moskaus, die seine Verhandlungsbereitschaft demonstrieren sollten und Verbesserungen der politischen Atmosphäre (Österreichischer Staatsvertrag, Besuch Belgrads, Entgegenkommen in den Verfahrensfragen für Genf) sind nach hiesiger Auffassung die Positionen der beiden Blöcke in den großen politischen Fragen zunächst noch unverändert und klaffen besonders in der Deutschland-Frage noch auseinander.

8. Juli 1955

73 *Bonn zur Genfer Konferenz:* Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Herr Globke¹³², sowie Minister Erhard waren heute bei mir zu Gast. Ich unterhielt mich mit ihnen über gewisse Aspekte der deutschen Frage an der kommenden internationalen Konferenz.

Bonn glaubt nicht – trotz der von den Russen in Belgrad und Wien praktizierten neuen Politik – an eine grundlegende Wandlung der russischen Einstellung. Man erwartet, daß Moskau in der deutschen Frage verlockende Vorstöße bereit hält: 1. Freie Wahlen; 2. Eine deutsche Armee; 3. Zufolge gewisser Informationen über die im Mai in Warschau abgehaltene Satellitenkonferenz rechnet Bonn sogar damit, die Sowjets könnten die Möglichkeit einer Diskussion der Oder-Neiße-Linie andeuten. Nach wie vor wäre der deutscherseits für diese Konzession zu zahlende Preis die Aufgabe des Bündnisses mit dem Westen.

Derartige Vorschläge – hier mehr als Fata morgana und Falle eingeschätzt – würden, und das ist Zweck der russischen Taktik, die deutsche Öffentlichkeit tief aufwühlen. Dennoch wird Adenauer unerschütterlich an seiner westlich orientierten Politik und den eingegangenen Bündnissen festhalten. Mein Gesprächspartner erzählte mir, Adenauer habe dies noch gestern dem Oppositionsführer Ollenhauer erklärt und ihn darauf hingewiesen, daß Deutschland, nachdem die Nazis das ganze Vertrauen des Auslands in die deutsche Vertragstreue zerstört hätten, die eben eingegangenen Verpflichtungen doppelt strikt respektieren müsse. Eine andere Politik wäre ein Abdanken.

Warum wurde in der deutschen Antwortnote mit keinem Wort die Einladung des Kanzlers nach Moskau erwähnt? Die Erklärung meines Gesprächspartners lautete folgendermaßen: Zunächst wäre es irrig, daraus zu schließen, Adenauer wolle nicht nach Moskau fahren. Vielmehr rechnet Bonn mit einer solchen Reise im September. Die Gründe für die Nichterwähnung liegen in folgendem: Eines der Hauptresultate von Adenauers Besuch in Amerika war, daß ihm von allen westlichen Staatsmännern versprochen wurde, die Frage der deutschen Wiedervereinigung an der Genfer Konferenz in den Vordergrund zu stellen. Unter diesen Umständen wollte Adenauer die Frage seines Besuches in Moskau bis nach erfolgter Genfer Konferenz in der Schwebe lassen, um nicht den Anschein zu erwecken, er wolle den Schwerpunkt der Besprechungen über die deutsche Frage von Genf nach Moskau verlegen. Bei dieser Lage der Dinge schien ein auf Zeitgewinn angelegter Zwischenbescheid gegeben.

Mein Gesprächspartner gab der Meinung Ausdruck, daß freie Wahlen in der Sowjetzone nicht nur die gegenwärtigen Machthaber wegfehen, sondern auch

¹³² Globke, Hans (1898–1973), Beamter, 1932–1945 im Reichsinnenministerium, 1950 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, 1953–1963 Staatssekretär und enger Mitarbeiter Adenauers, wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich (Mitherausgeber des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen) heftig angegriffen.

zu Gunsten Adenauers ausfallen würden. Es sei völlig abwegig, was die Opposition insinuiert, Adenauer begünstige Verzögerungen der Wiedervereinigungspolitik aus Bedenken, Wahlen könnten das Fortbestehen seines Regimes kompromittieren.

Demilitarisierung der Sowjetzone: Wenn ein solcher Vorschlag aus den Konferenzen sich ergeben sollte, scheint er für Bonn durchaus tragbar.

Nach wie vor rechnet man in Bonn mit keiner raschen Lösung in der deutschen Frage, vielmehr mit einer Entwicklung, die sich auf lange Zeit, sogar auf Jahre erstreckt.

Minister Erhard zur Moskauer Reise: Minister Erhard erwähnte mir, daß, wenn Adenauer nach Moskau reisen sollte, er ihn begleiten würde. Dies hätte nicht die Bedeutung, daß er mitfahre, um eine Ausweitung des Handels mit den Sowjets anzutreiben wie es vielleicht gewisse Industrielle möchten, sondern im Gegenteil, um den Kanzler zu warnen; es sei anzunehmen, daß die Sowjets auch auf wirtschaftlichem Gebiet mit verlockenden Angeboten auftreten werden. Erhards Rolle wäre dann die, dem Kanzler zu sagen, wieviel oder – besser gesagt – wie wenig hinter den schönen Angeboten für Deutschland stecke.

Wirtschaftliche Integration Europas? Ich sprach ferner mit Minister Erhard über das immer wieder von Bonn vertretene Programm der wirtschaftlichen Integration Europas. Wie anzunehmen, äußerte sich Erhard für ein funktionelles Zusammenarbeiten. Er sei gegen supranational organisierte Wirtschaftsgebiete und gegen die Einführung supranationaler Behörden. Da die Mehrzahl der europäischen Staaten gegen die supranational organisierte Form ist, sei es unrealistisch, solche Wirtschaftsgebiete anzustreben. Europa ist dafür nicht reif. Solche Gebilde würden nur die Gefahr heraufbeschwören, daß sie in Kampfstellung gerieten zu anderen Wirtschaftsgebieten; anstatt einer Erweiterung zum Weltmarkt würden neue wirtschaftliche Kampffronten entstehen. Ähnliche Anschauungen huldigen übrigens auch die Bank deutscher Länder sowie der von der Londoner Schuldenkonferenz bekannte Finanzexperte Abs¹³³. Integrationsfreundlichen Äußerungen der Bonner Kreise dürfte der Charakter von Rückzugsgefechten zukommen.

1. September 1955

Adenauers Besuch in Moskau: Hier verdichtet sich immer mehr der Eindruck, Moskau wolle – obwohl es immer wieder sein Interesse für die Wiedervereinigung Deutschlands beteuert – in Tat und Wahrheit das Gegenteil der Wiedervereinigung, nämlich die Beibehaltung des gegenwärtigen Status quo, d. h. des

74

¹³³ Abs, Hermann Josef (geb. 1901), deutscher Bankier, 1957–1967 Vorstandssprecher der Deutschen Bank, galt mehrfach als Kandidat für hohe Regierungsämter in der Bundesrepublik.

kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik und damit die Spaltung Deutschlands. Die auf den Moskauer Besuch gesetzten Erwartungen sinken entsprechend und werden von offizieller Seite noch systematisch gedämpft. Regierungskreise deuten an, es stehe gar nicht fest, ob es in Moskau zur Anbahnung diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion kommen werde. Die neueste Version lautet: Adenauers Reise gelte der „*Vorbereitung* diplomatischer Beziehungen“, wobei der Akzent – so wird betont – auf dem Wort „*Vorbereitung*“ liege. Das soll bedeuten: Wenn die Sowjetunion zur Entspannung der deutschen Frage, d. h. für die Wiedervereinigung *gar kein* Entgegenkommen erkennen lasse, dann läge es eben auch im Bereich des Möglichen, daß für die sofortige Anknüpfung diplomatischer Beziehungen die Zeit vorläufig nicht für reif angesehen würde.

Vieles spricht dafür, daß Adenauer erwägt, eine so kühne Partie zu spielen. Das Bedenken gegen den Austausch diplomatischer Beziehungen, weil sich daraus ungünstige Konsequenzen für die Wiedervereinigung ergeben könnten, gewinnt an Gewicht. Vor allem sollen die ernüchternden Auslassungen dazu dienen, die Spekulationen zu dämpfen, welche Adenauers Einladung nach Moskau hier entzündet hatte. Die deutsche Öffentlichkeit soll von Adenauers Reise nicht erwarten, er werde – gleich einem *deus ex machina* – die Wiedervereinigung hervorzaubern. Bonn will vor allem die Gefahr bannen, daß Adenauer, falls er – wie hier befürchtet wird – mit leeren Händen aus Moskau zurückkehren sollte, deswegen in der deutschen öffentlichen Meinung einen Vertrauenssturz erleide. Das ist – nach hiesiger Auffassung – eine der Absichten, die der Kreml verfolgt. Die angestrebte Ernüchterung scheint übrigens auch einzutreten und wenn Adenauer nächste Woche nach Moskau reist, tut er es nicht mehr mit der Hypothek einer zu anspruchsvollen öffentlichen Meinung; er hat entsprechend mehr Aktionsfreiheit.

15. September 1955

75 *Moskauer Konferenz: erste Reaktionen.* Ich unterhielt mich gestern kurz nach seiner Rückkehr mit einem Mitglied der deutschen Delegation, Prof. Grewe¹³⁴, Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Er erklärte, die Verhandlungen mit den Sowjets seien äußerst zäh gewesen. Der Kanzler sei bisher nie auf so hartnäckige Gesprächspartner gestoßen. Die Russen hätten starr an ihrer in der Note vom 7. Juni und am ersten Konferenztag dargelegten Haltung festgehalten. Neu sei in der Folge eigentlich nur gewesen, daß die Russen immer deutlicher zu verstehen gaben, sie hätten Zeit, und ein erstes Nachgeben müsse von deutscher Seite erfolgen. Die deutsche Dele-

¹³⁴ Grewe, Wilhelm G. (geb. 1911), deutscher Diplomat und Staatssprecher, enger politischer Berater Adenauers. Sonderbevollmächtigter auf der Berliner Konferenz 1954 und der Genfer Viermächtekonferenz 1955, 1955–1958 Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1958–1962 Botschafter in Washington.

gation sei dadurch vor eine schwierige Frage gestellt worden, weil die Kriegsgefangenenfrage innenpolitisch keinen weiteren Aufschub ertrage.

Die beiderseitigen Grundsatzserklärungen ließen sich kaum auf einen Nenner bringen. Die Russen verlangten die sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Sie sehen in den Pariser Abkommen ernsthafte Hindernisse für die Wiedervereinigung. Adenauer sollte diese im Einvernehmen mit Pankow anstreben. Von den Kriegsgefangenen zunächst kein Wort.

Die Deutschen stellten demgegenüber gerade diese Frage an die Spitze: Ohne Freigabe der in Rußland zurückgehaltenen Deutschen keine diplomatischen Beziehungen. Die Wiedervereinigung bleibt Sache der vier großen Mächte. Die Bundesregierung betrachtet sich als die allein legale Vertretung aller Deutschen.

Man habe, so fuhr mein Gewährsmann fort, im Schoße der deutschen Delegation ernsthaft um einen Kompromiß gerungen. Die Russen hätten „hoch und heilig“ versprochen, die Freigabe der Gefangenen innert kurzer Frist zu vollziehen. Alles hänge davon ab, ob sie ihr bloß mündliches Versprechen auch honorierten. Bulganin¹³⁵ habe beim Abschied den Kanzler nochmals ausdrücklich ermächtigt, in Bonn entsprechende Zusicherungen zu machen.

Ich erhielt den Eindruck, nicht nur diese, mindestens im formellen offen gebliebene Frage, veranlasse meinen etwas skeptischen Gesprächspartner, das Gesamtergebnis zurückhaltend zu beurteilen. Er vermied es jedenfalls, die Konferenz als einen Erfolg zu bezeichnen. „Adenauer konnte nicht mit leeren Händen zurückkehren.“ Offenbar hätte auch die Russen ein Scheitern der Konferenz nicht befriedigt.

Undurchsehbar und mühsam sei der von den Russen praktizierte Wechsel des Klimas zwischen den Sitzungen – Spannungen bis zum äußersten – und den gesellschaftlichen Anlässen – beinahe überbordende Freundschaftsbezeugungen – gewesen. Ein Positivum sieht mein Gesprächspartner darin, daß die Russen außerhalb der Sitzungen irgendwelche Unannehmlichkeiten vermieden. Weder die Vertreter Pankows noch der Satellitenstaaten seien je auf der Bildfläche erschienen. Diese Rücksichtnahme und der sozusagen einmalige Glanz des Bundeskanzlerempfangs mußten bei der Beurteilung des Ergebnisses mit berücksichtigt werden. Der gute Wille zur Verständigung lasse sich den Russen nicht völlig absprechen. Verborgene bleibe allerdings, worauf der Kreml auf weite Sicht abziele.

In der Bundesrepublik wirkte der Kompromiß wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Moskau hat erreicht, was es anscheinend in diesem ersten Gespräch wollte: den Austausch von Botschaftern. In deutscher Sicht kommt das Resultat einem Wechsel auf die Zukunft gleich. Es ist Bonn – mindestens optisch –

¹³⁵ Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch (1895–1975), sowjetischer Politiker, 1934–1958 Mitglied des ZK der KPdSU, 1947–1949 und 1953–1955 Verteidigungsminister, 1955–1958 Ministerpräsident, 1958 aus allen Partei- und Regierungsämtern entlassen.

nicht gelungen, die Kriegsgefangenenfrage vor der Aufnahme der Beziehungen zu regeln. Das gemeinsame Communiqué spricht nur davon, „daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen und damit auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes – der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates – verhelfen werden.“ Außerdem sollen in nächster Zeit Handelsbesprechungen geführt werden. – Ob die zurückgehaltenen Deutschen heimkehren, bevor die Botschafter verreisen, bleibt abzuwarten. Für den Kanzler wäre damit viel gewonnen. Zu einer schriftlichen Abmachung über die Gefangenen hätten die Russen offenbar nur Hand geboten, wenn Adenauer auch die Zuständigkeit der DDR in dieser Frage zugestanden hätte. Das konnte und durfte der Kanzler nicht, ohne sein Gesicht zu verlieren. Er zog das Risiko vor, daß das russische Versprechen unerfüllt bleiben könnte. In der Öffentlichkeit ist die Hoffnung auf die baldige Heimkehr der Gefangenen gestiegen und mit ihr auch das Prestige des Kanzlers. In alliierten Kreisen in Bonn wird die Vermutung vertreten, Adenauer hätte sein Ansehen nie leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

In hiesigen politischen Kreisen wird die Möglichkeit diskutiert, Bonn spekuliere darauf, seiner Botschaft in Moskau dürfte es innert kurzer Frist gelingen, den dortigen Vertreter Pankows in den Hintergrund zu schieben. Perspektiven in dieser Richtung scheinen nicht zum vornherein abwegig, insbesondere wenn man bedenkt, daß dem westdeutschen Botschafter Türen offen stehen, die den Vertretern der DDR verschlossen bleiben. Bonn dürfte nichts unterlassen, um die neue Mission mit ersten Kräften auszustatten.

Umstritten ist in den Pressekommentaren die Frage, ob die Normalisierung der Beziehungen die Wiedervereinigung erschwert oder erleichtert. Man fürchtet eine Anerkennung des status quo. Der vom Kanzler an Bulganin gerichtete Brief erhält zwar zwei Vorbehalte: 1. Der Austausch von Botschaftern bedeutet keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie; die Grenzfragen bleiben der friedensvertraglichen Regelung vorbehalten. 2. Die Bundesrepublik hält ihren Anspruch aufrecht, das ganze deutsche Volk zu vertreten. Dieses Schreiben vermag als einseitiger Akt keine befriedigende Klarheit zu schaffen. Die entscheidenden Meinungsverschiedenheiten bleiben bestehen, solange Moskau den Vorbehalten nicht zustimmt, wodurch es Pankow fallen ließe. Damit rechnet hier heute niemand. Der Kanzler wird sich nie der angeblich von Chruschtschow¹³⁶ geäußerten Meinung anschließen, in Moskau sei der Weg frei geworden für unmittelbare Gespräche Bonns mit dem Sowjetzonenstaat.

¹³⁶ Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (1894–1971), sowjetischer Politiker, 1934–1966 Mitglied des ZK der KPdSU, 1939–1964 Mitglied des Politbüros bzw. Präsidiums des ZK der KPdSU, 1953–1964 Erster Sekretär des ZK, 1958–1964 Vorsitzender des Ministerrates, betrieb eine Politik der Entstalinisierung, 1964 aller Ämter enthoben.

Adenauer blieb in einem Punkte fest: Er überläßt den vier Mächten die Verantwortung in der Wiedervereinigungsfrage. Die regierungstreue Presse pflichtet ihm darin weitgehend bei.

Der zweite Vorbehalt Adenauers ist nicht nur an die Russen, sondern ebenso sehr an den Westen gerichtet. Bonn wird auch in Zukunft eifersüchtig darüber wachen, daß seine Ansprüche auf alleinige Vertretung Gesamtdeutschlands beachtet werden.

Bemerkenswert sind vorläufig unkontrollierbare Gerüchte, wonach Jugoslawien nun daran denken soll, die Sowjetzonenregierung anzuerkennen. Auch Schweden soll die Frage erneut prüfen.

Ein abschließendes Urteil über das Moskauer Resultat wird frühestens möglich sein, wenn der Kanzler (voraussichtlich Ende nächster Woche) dem Parlament berichtet hat. Die großen Parteien, einschließlich der Opposition, üben noch Zurückhaltung. Als einziger Parteivorsitzender hat sich bisher Dr. Dehler von der Freien Demokratischen Partei zum Wort gemeldet. Er sprach von einem dürftigen Ergebnis. Sonst herrscht die Tendenz, Vorteile und Nachteile zunächst gegeneinander abzuwägen, wobei nicht verhehlt wird, daß manche Hoffnungen sich nicht erfüllten. Das sozialdemokratische Delegationsmitglied erklärte nach der Rückkehr: „Es gab keine andere Lösung.“

22. September 1955

Deutsch-sowjetische Beziehungen: In seiner heutigen Erklärung vor dem Bundestag umriß der Kanzler das Ergebnis der Moskauer Besprechungen. Er unterstrich kurz die Bedeutung der versprochenen Freilassung der noch in Rußland zurückgehaltenen Militär- und Zivilpersonen, ohne etwa die Regelung dieser Frage für sich persönlich in Anspruch zu nehmen. Im Mittelpunkt stand die Feststellung, die Bundesrepublik habe ebenso wie die übrigen Westmächte das Recht, mit dem Kreml Beziehungen zu unterhalten. Dadurch werde der Westen nicht geschwächt. Er sehe darin vielmehr eine Verstärkung der westlichen Stimme in Moskau. Die Verträge mit dem Westen blieben das Mittel zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wichtig sei, daß auch die Sowjets ihre Pflicht anerkannt hätten, an der Wiedervereinigung mitzuarbeiten. Die sowjetische Regierung wisse, daß nach seiner Auffassung eine Entspannung nur am Ende politischer Entscheidungen eintreten könne. Voraussetzung dafür sei ein echtes Sicherheitssystem, das bei Fortbestand der Teilung unmöglich sei. Zu den Vorbehalten über die deutschen Grenzen und die Stellung der Regierung der Bundesrepublik als allein legale Vertretung Deutschlands machte der Kanzler u. a. zwei Hinweise: 1. In Potsdam blieb die Grenzfrage dem Friedensvertrag vorbehalten. Die sowjetische Meinung, das Problem sei damals gelöst worden, sei irrig. – 2. Die NATO-Mächte hätten Bonn als allein berechtigten Vertreter Deutschlands anerkannt. Die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten müßte als unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepu-

blik betrachtet werden. – Abschließend betonte Adenauer, er habe in Moskau das Mögliche herausgeholt. Er verkenne die Problematik der Lösung nicht. „Ohne jedes Risiko sind unsere Probleme nicht lösbar, läßt sich die Wiedervereinigung nicht herbeiführen.“

Der Bundestag wird voraussichtlich mit einer in außenpolitischen Fragen bisher kaum je erreichten Mehrheit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zustimmen. Erwartungsgemäß haben die Koalitionsparteien sich hinter den Kanzler gestellt. Die Nuancen in der Begründung ihrer Stellungnahme sind unbedeutend.

Die Opposition sah sich vor ein unlösbares Dilemma gestellt. Die Kontaktnahme mit Moskau entspricht ihren Wünschen, ebenso die Freigabe der Gefangenen. Sie war aber gegen die „Politik der Stärke“ des Kanzlers, ohne die es vielleicht nie zu Verhandlungen gekommen wäre. Ein Nein oder Stimmenthaltung konnte sie sich mit Rücksicht auf ihre Wähler nicht leisten. Ollenhauer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), erklärte zwar, die Moskauer Konferenz bedeute das vollständige Scheitern der Außenpolitik der Bundesregierung. Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag beschloß indessen einstimmig, das Ergebnis zu billigen. Auch sie will alle Chancen ausnützen, die die diplomatischen Beziehungen zur Förderung der Wiedervereinigung bieten.

Die Bemühungen um gemeinsame Entschließungen des Bundestags sind auf gutem Wege. Die eine soll sich mit der Kriegsgefangenenfrage befassen. Die andere würde die Vorbehalte des Kanzlers in seinem Schreiben an Bulganin bekräftigen, wonach erstens die Grenzfrage bis zum Friedensvertrag offen bleibt und zweitens sich die Bundesregierung als allein legitimer Repräsentant der Deutschen betrachtet.

Paradoxerweise steht dieser einmütigen Zustimmung im Parlament – die der Auffassung der breiten Öffentlichkeit entspricht – eine andere Tatsache gegenüber: Das Unbehagen in den politischen Kreisen Bonns über das Resultat des ersten vom Westen unabhängig erfolgten Schrittes des Kanzlers hält an. Mit einem gewissen Hang zur Selbstzerfleischung und zur Verabsolutierung wird bemängelt, daß der Aufnahme der Beziehungen eine russische Gegenleistung politischen Inhalts nicht gegenübersteht. Man hat von Moskau mehr erwartet und ist enttäuscht, weil Hoffnungen, vor denen der Kanzler freilich gewarnt hat, sich nicht erfüllten. Die Wiedervereinigung erscheint vielen erst recht in die Ferne gerückt.

Der Vertreter Bayerns in Bonn erklärte mir, Adenauer sei ausgezogen, um das goldene Vlies zu holen. Zurückgebracht habe er ein trojanisches Pferd. Mein Gesprächspartner teilt die Befürchtung mancher, die russische Propaganda in der Bundesrepublik werde auf die Dauer nicht ohne jeden Erfolg bleiben, und zwar sowohl innen- wie außenpolitisch.

Ein anderer christlich-demokratischer Politiker bedauerte mir gegenüber, daß der Kanzler aus innenpolitischen Erwägungen zum Handeln in einer

außenpolitischen Frage gezwungen werde. Der Kanzler wäre jedoch von allen Seiten, auch aus den eigenen Reihen, angegriffen worden, wenn er mit leeren Händen zurückgekommen wäre. Es scheine ihm, die innenpolitische Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage werde in der Diskussion zu sehr in den Hintergrund gedrängt durch alle möglichen außenpolitischen Spekulationen. In die Aufnahme der Beziehungen werde zuviel hineininterpretiert. Vorläufig werde sich nicht viel ändern. Ausschlaggebend sei erst die kommende Genfer Konferenz.

Ein Teilnehmer an den Moskauer Verhandlungen bestätigte mir, die Meinungen innerhalb der deutschen Delegation seien geteilt gewesen. Der Kanzler sei namentlich vom sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Bundestages, Carlo Schmid, unterstützt worden. Der Außenminister und die Berater vom diplomatischen Dienst, insbesondere der deutsche Botschafter bei der NATO, Blankenhorn, hätten sich, wenn überhaupt, nur unter größten Bedenken mit dem Kompromiß abgefunden.

In seinen Erklärungen vor der Presse beteuerte der Kanzler und mit ihm der Außenminister Brentano, die Bundesrepublik werde selbstverständlich ihre Verpflichtungen gegenüber dem Westen honorieren. Er appellierte an seine Verbündeten, die Wiedervereinigung nun erst recht voran zu treiben. Das russische Bedürfnis nach Entspannung müsse der Westen ausnützen. – Nachdem Adenauer aber – wie er selbst zugibt vom russischen Potential stark beeindruckt – an seiner bisherigen Linie mindestens nicht stur festgehalten hat, melden sich vermehrt kritische Stimmen, die es nicht für ausgeschlossen halten, der ersten Konzession könnten allenfalls auf lange Sicht weitere folgen. Vorläufig deutet aber nichts darauf hin.

29. September 1955

Bonn oder Pankow: In seinem Bericht über die Verhandlungen in Moskau erklärte der Kanzler am 22. September vor dem Bundestag: „Die Bundesregierung ist daher nach wie vor die einzige frei und rechtmäßig gebildete deutsche Regierung, die allein befugt ist, für das ganze Deutschland zu sprechen.“ Um jeden Zweifel an der Unveränderlichkeit dieser Haltung zu zerstreuen, sei die Sowjetregierung darüber unterrichtet worden. Sie nehme also die Beziehungen mit Bonn zwar nicht mit Billigung, aber doch in Kenntnis dieses Standpunktes auf.

Der anschließende Passus über die allfällige Anerkennung Pankows durch andere Regierungen lautet wie folgt: „Auch dritten Staaten gegenüber halten wir unseren bisherigen Standpunkt bezüglich der sogenannten ‚DDR‘ aufrecht. Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ‚DDR‘ durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.“

Die Frage ist bisher von Adenauer nie in dieser Schärfe vor der Öffentlichkeit behandelt worden. Die Erklärung liegt dem Sinne nach indessen voll und ganz auf der bisherigen Linie Bonns. Sie erhielt den Beifall der Koalition im Bundestag, insbesondere der Christlich Demokratischen Union/Christlich Sozialen Union (CDU/CSU).

In der Debatte vom 23. September griff der Chef der Opposition, Ollenhauer, den zitierten Absatz auf. Er sagte, alle seien sich wohl darüber klar, „daß die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen den Regierungen der westlichen Welt und Pankow durch unseren Entschluß, einen Botschafter nach Moskau zu entsenden, komplizierter geworden ist, als sie vorher war“. Er bedaure die Form, in der der Kanzler das Thema behandelte, außerordentlich. Adenauer habe oft davon gesprochen, wie lang und schwierig der Weg zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt zum deutschen Volke sei. „Wenn er jetzt beinahe ultimativ erklärt, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der DDR durch dritte Staaten als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, dann frage ich mich, wem mit solchen starken Worten eigentlich gedient ist. Dem deutschen Volke sicher nicht!“ Man müsse über diese Dinge reden, aber in einer „uns gemäßeren Form“ auf dem Wege einer freundschaftlichen Verständigung.

Der Kanzler wiederholte nach dem Votum Ollenhauers den einschlägigen Passus seiner Erklärung. Es war dies sein einziger Eingriff in die Diskussion.

Der schwedische Gesandte in Bonn bezeichnete den Passus der Regierungserklärung als außerordentlich weitgehend. Er deute auf eine gewisse Unsicherheit in Bonn hin. Es komme darin allerdings auch das Bestreben zum Ausdruck, einerseits die Trennung nicht noch mehr zu verhärten und andererseits die Ausführungen über die Verbundenheit Bonns zum Westen zu unterstreichen. – Aus dem weiteren Gespräch gewann ich den Eindruck, Schweden werde die von meinem Partner als unübersehbar bezeichnete Entwicklung zunächst abwarten. Jedenfalls ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine bevorstehende Anerkennung Pankows durch Stockholm. Im Gegenteil. Heute morgen meldete der deutsche Nachrichtendienst, der schwedische Außenminister habe die Mitteilung einer norwegischen Zeitung dementiert, wonach Schweden die Regierung Grotewohl anerkennen werde.

Ein hoher Ministerialbeamter im Bundeskanzleramt, den ich in einer Routinesache aufsuchte, erklärte mir, der Kanzler habe es zur Zeit schwer. Adenauer müsse auf allen Seiten wehren, „um das Moskauerresultat aufzufangen“. Er vermute, fuhr er etwas unvermittelt fort, auch die Schweiz habe es wegen ihrer Neutralität nicht leicht, in der Pankow Frage zurechtzukommen. – Ich legte dar, aus welchen Gründen es uns nicht möglich gewesen sei, die seinerzeitige Fühlungnahme mit Vertretern der Sowjetzone fortzusetzen und mit ihr irgendeine Vereinbarung zu treffen. Es bestehe, soweit ich es beurteilen könne, kaum Anlaß, unsere bisherige Haltung zu ändern.

Es zeigen sich immer mehr schwierige Fragen, die sich aus dem Moskauer

Ergebnis herauskristallisieren. Das gilt nicht zuletzt für das in diesem Bericht herausgegriffene Problem der Anerkennung Pankows durch andere Staaten.

Der Kanzler erklärte vor der Presse, er denke vorläufig nicht daran, mit den östlichen Satelliten diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Zuerst müßten die Verhältnisse mit Moskau geregelt werden. Wird es Bonn gelingen, allfälligen Begehren der Satelliten zu widerstehen, nachdem es mit Moskau Botschafter ausgetauscht hat? Im Auswärtigen Amt wird die Auffassung vertreten, einem diesbezüglichen Wunsch einer Satellitenregierung könnte mit einem Hinweis auf deren Beziehungen zu Pankow entgegengetreten werden.

Die Westmächte konnte der Kanzler auf ihrer früheren Entscheidung beharren. Die zu keinem der beiden Blöcke zählenden Staaten werden von ihm nun in ziemlich schroffer Weise vor die Wahl gestellt: Bonn oder Pankow. – Dem Kreml räumte der Kanzler eine Sonderstellung ein: Pankow und Bonn. Ob er die gleiche Möglichkeit mit der Zeit nicht auch anderen zugestehen muß, ist eine Frage, die zur hiesigen Beunruhigung beiträgt, wenn sie auch nicht im Vordergrund steht.

Inzwischen haben die drei Westmächte auf Ersuchen der Bundesregierung durch ihre Außenminister in New York erneut erklärt, die Regierung in Bonn habe allein das Recht, für Deutschland in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Sie könnten weder das Sowjetzonenregime noch die Existenz eines Staates in der Sowjetzone anerkennen. Diese Bestätigung – und Ausweitung – der früheren westlichen Stellungnahme vom 23. Oktober 1954 wurde in Bonn mit Genugtuung aufgenommen.

20. Oktober 1955

Bonn und die Saar: Ich suchte gestern den stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Gesandten Carstens¹³⁷, auf. Nach seinen Ausführungen nahm das Auswärtige Amt mit Befriedigung Kenntnis vom Vertrauensvotum für Faure¹³⁸. Bonn hätte sich von einem negativen Ausgang der Abstimmung in Paris nichts Gutes versprochen. Eine Genfer Konferenz ohne vollwertigen französischen Vertreter wäre nach deutscher Auffassung vornehmlich in taktischer Hinsicht nicht frei von Risiken gewesen. Der Westen sei mehr als je an geschlossenem Auftreten interessiert.

Auch für die deutsch-französischen Probleme hätte ein Sturz Faures sich ungünstig ausgewirkt, namentlich etwa, wenn das Saarstatut verworfen würde. Für diesen Fall müsse Adenauer in Paris einen handlungsfähigen Partner

¹³⁷ Carstens, Karl (geb. 1914), Professor für Staats- und Völkerrecht, 1954–1966 im Auswärtigen Dienst, 1960–1966 Staatssekretär, 1972 MdB (CDU), 1973 Fraktionsvorsitzender, 1979–1984 Bundespräsident.

¹³⁸ Faure, Edgar (geb. 1908), französischer Politiker, 1952–1958 wiederholt Minister, 1952 und 1955 Ministerpräsident, 1966 Landwirtschaftsminister, 1968–1969 Unterrichtsminister, 1972–1973 Sozialminister, 1973 Präsident der Nationalversammlung.

haben, um eine andere Lösung als die einfache Rückkehr zum status quo anzubahnen. Frankreich werde sich allerdings, wenn überhaupt, nur mit Mühe zu neuen Vorschlägen durchringen. Ein Entscheid darüber dürfte vielleicht auch verzögert werden durch größere Sorgen, zum Beispiel in Nordafrika. Außerdem näherte sich Frankreich den Wahlen. Wenn Pariser Regierungskreise bisher neue Gespräche zur Änderung des status quo ablehnten, so frage es sich, ob das nicht mehr den Sinn einer letzten Warnung an die Wähler in der Saar habe. Die Bundesregierung wolle zunächst den Ausgang der Abstimmung abwarten. – Inzwischen hat der französische Ministerrat beschlossen, bei einer Ablehnung keine Verhandlungen mit Bonn aufzunehmen. Dazu hat die Regierung in Bonn sich noch nicht geäußert.

Mein Gesprächspartner fügte bei, das Auswärtige Amt begrüße den Beschluß des Ministerrats der Westeuropäischen Union in London, gemäß welchem die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen an der Saar entscheiden soll. Dadurch werde eine unerquickliche Auseinandersetzung vermieden, die sich nicht hätte ausschalten lassen, wenn das absolute Mehr der Stimmberechtigten verlangt worden wäre, dieses Quorum jedoch nicht hätte erreicht werden können, wohl aber eine einfache Mehrheit. Der Volksentscheid sei seinerzeit von Mendès-France verlangt worden. Der Kanzler habe sich dem in Baden-Baden nur widerstrebend gefügt; er wollte die Schaffung des ersten „europäischen“ Staatsgebildes nicht irgendwie gefährden. Für die Franzosen stelle sich nun ihr früheres Verlangen als Klippe heraus, an der mit Wahrscheinlichkeit die langjährigen Bemühungen um eine Verständigung scheitern würden. Ein prodeutsches Plebiszit werde jede französische Regierung vor schwierige Fragen stellen.

Von meinem Gewährsmann wurde ich schließlich auf ein von deutschen Juristen jüngst ausgearbeitetes Gutachten verwiesen, wonach die Amtszeit des Ministerpräsidenten Hoffmann¹³⁹ spätestens am 23. Dezember dieses Jahres ablaufe, gleichgültig wie das Abstimmungsergebnis ausfalle. Die Saarverfassung sehe vor, daß ein zum zweiten Mal gewählter Ministerpräsident nicht länger als drei Jahre im Amte bleiben dürfe. Hoffmann wurde am 23. Dezember 1952 wiedergewählt. Die erwähnte Verfassungsbestimmung sei zwar erst am 10. April 1953 rechtskräftig geworden; sie enthalte aber keine Bestimmung darüber, daß die Beschränkung nicht rückwirkend angewandt werden könnte.

Vor Genf: Das Auswärtige Amt besitzt keine Anhaltspunkte dafür, daß der in der „Times“ Ende letzter Woche publizierte Artikel über eine von der bisherigen Planung abweichende Lösung der Wiedervereinigungsfrage als Versuchsballon der britischen Regierung anzusehen wäre. Diese Meinung wurde

¹³⁹ Hoffmann, Johannes (1890–1967), saarländischer Politiker, Gründer der Christlichen Volkspartei 1945, 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes, setzte sich für ein Aufgehen der CVP in der CDU ein.

in einem Teil der deutschen Presse vertreten. Die „Times“ erregte hier beträchtliches Aufsehen mit der Idee, ein west-östliches Sicherheitssystem wäre denkbar ohne vorhergehende Wiedervereinigung.

Mein Gesprächspartner erklärte, zwei Überlegungen müßten zum Schluß führen, die „Times“ habe aus eigener Initiative gehandelt. Einmal sei dem deutschen Botschafter in London im Foreign Office von höchster Stelle bestätigt worden, die Wiedervereinigung stehe nach wie vor im Vordergrund. Außerdem hätten auch schon die bisherigen Gespräche, an denen die Bundesregierung beteiligt gewesen sei, Übereinstimmung der Meinungen gezeitigt.

Die Bundesregierung habe infolgedessen auch keinen „eigenen“ Plan. Nach den westlichen Vorschlägen werde ein wiedervereinigtes Deutschland außenpolitisch volle Entscheidungsfreiheit besitzen. Über das Sicherheitssystem könne vor der Konferenz nicht mehr gesagt werden, als daß der Westen den Russen, soweit möglich, entgegenkommen wolle. Die Bundesregierung betrachte die neueste Entwicklung im Nahen Osten mit kritischer Aufmerksamkeit. Die sich abzeichnende Einflußnahme Moskaus in Afrika sei nicht unbedenklich. Man könne darin ein Symptom sehen für sein unverändertes Streben nach Erweiterung des kommunistischen Machtbereichs. Wenn das das wahre Ziel der Politik des Kremls bleibe, dürften hinsichtlich der Wiedervereinigung auf Genf keine zu großen Hoffnungen gesetzt werden. Die Bundesregierung halte aber immer noch dafür, der Sowjetunion liege viel an einer längeren Periode der Entspannung.

In welchem Rahmen die Beobachter der Bundesregierung unter Führung von Ministerialdirektor Prof. Grewe, dem Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, in Genf zu den Konferenzarbeiten herangezogen werden sollen, hängt nach meinem Gewährsmann von den Beschlüssen der vier Außenminister ab. Aus dem Argument, nur die Bonner Regierung und deren Vertreter würden von allen an der Konferenz beteiligten Regierungen anerkannt, werde sich kaum Gewinn ziehen lassen. Die Russen würden darauf beharren, daß den Vertretern der DDR die gleiche Behandlung zuteil würde wie den westdeutschen Beobachtern. Bonn werde sich aber allen Versuchen widersetzen, die die Stellung Pankows stärken könnten.

Die Kontakte zwischen der Regierung und der Opposition haben sich vermehrt. Außenminister von Brentano hat sich mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingehend über die Vorarbeiten zur Genfer Konferenz unterhalten. Damit wird einem seit langem geäußerten Begehren Ollenhauers Rechnung getragen. Das Klima hat sich gebessert, ohne daß die Gegensätze schon gänzlich überwunden wären. Die Opposition glaubt nach wie vor, ohne eine Herauslösung Gesamtdeutschlands aus der NATO würden die Russen einer Wiedervereinigung nicht zustimmen.

27. Oktober 1955

- 79 *Saarabstimmung*: Ich sprach mit Staatssekretär K. [Carstens] über dieses Ereignis.¹⁴⁰ Daß das Saarstatut mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt wurde, erregte auch hier allgemein Überraschung. Das Abstimmungsergebnis schafft eine schwierige und völlig neue Lage sowohl im Saargebiet wie für die internationalen Beziehungen: Ministerpräsident Hoffmann ist zurückgetreten, der Landtag wird aufgelöst, Neuwahlen sollen folgen. Das Referendum hinterläßt vor allem eine bedauerliche Spannung im deutsch-französischen Verhältnis, von der noch niemand weiß, wie sie beseitigt werden kann. Vom Krankenlager versuchte Adenauer diese Entwicklung zu steuern; fast beschwörend telegrafierte er an Ministerpräsident Faure: „Das Abstimmungsergebnis darf nicht die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beeinträchtigen.“ Das offizielle Bonn übt strengste Zurückhaltung. Auch die Presse enthielt sich provozierender nationalistischer Ausbrüche.

In der Referendumskampagne wurde das eigentliche Thema der Abstimmung – das europäische Saarstatut – völlig verschoben. Die Bevölkerung kümmerte sich kaum um dessen Inhalt; für sie war es eine Gelegenheit, mit dem unbeliebten, undemokratischen Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann abzurechnen. Teilweise gilt das negative Votum aber auch der Macht, welche dieses Regime stützte. Daß die Saarländer sich von der Europäisierung des Saargebietes abkehrten, ist kein Wunder, nachdem das französische Parlament den europäischen Gedanken mit der Verwerfung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954 so eklatant abgelehnt hatte. Realistisch betrachtet scheint mir das „Nein“ zum Statut ein indirektes „Ja“ zur Wiedervereinigung mit Deutschland zu bedeuten. Eine Fortsetzung der Politik auf Lösung von Deutschland wäre eine gefährliche Verkennung des Plebiszits. Irrig wäre auch das Argument, das Paris vor der Abstimmung gebrauchte, ein „Nein“ bedeute das Festhalten der Saarländer am Status quo. Davon scheint Paris bereits abzurücken. Hoffmanns Rücktritt und die angekündigten Neuwahlen deuten darauf.

Lösungen dürften insofern nicht unmöglich sein, als Frankreichs Interessen an der Saar nicht mehr territorialer Natur, sondern mehr wirtschaftlicher Art sind. Auf dieser Ebene sollten sich Lösungsmöglichkeiten eher bieten, da Bonn die starken Interessen Frankreichs an der Saar von jeher anerkannte und auch die neuen Männer der prodeutschen Parteien sich in dieser Beziehung nicht mehr so kritisch zeigen dürften.

Der Rücktritt Hoffmanns und Neuwahlen beseitigen aber nicht alle Schwierigkeiten: Die rechtliche Situation an der Saar bleibt ungelöst und unklar. Die Neuwahlen dürften die prodeutschen Parteien ziemlich sicher in die Regierung führen. Dann fangen neue Schwierigkeiten an, da die neuen Männer kaum ge-

¹⁴⁰ Am 23.10.1955 lehnte die Bevölkerung des Saarlandes mit 67,7 % der abgegebenen Stimmen das Saarstatut ab. Die Regierung Hoffmann trat zurück.

willt sein dürften, den Eid auf die geltende Verfassung abzulegen, deren leitende Bestimmung die Loslösung von Deutschland ist. Zunächst hofft man in Bonn, den Schwierigkeiten dadurch zu begegnen, daß man die Westeuropäische Union weiter für die Lösung der Saarprobleme beizieht.

Eine Wiederherstellung der guten Beziehungen Paris-Bonn sollte umso eher möglich sein, als die Bundesregierung sich in der Saargelegenheit loyal verhielt. Sie identifizierte sich bis zuletzt mit dem unterlegenen Statut. Dieses Zeugnis wird ihr von keinem geringeren ausgestellt als vom bisherigen Botschafter François-Poncet und jetzigen Mitarbeiter des „Figaro“: „Bundeskanzler Adenauer hat von Anfang an bis unmittelbar vor der Abstimmung ganz klar gesagt, daß er das Statut gern angenommen sähe . . . Er ist nicht von der Linie, die er sich vorgezeichnet hatte, abgewichen. Dementsprechend wäre es zutiefst ungerecht, ihn des doppelten Spiels zu verdächtigen. Er hat eher ein im politischen Leben seltenes Beispiel gegeben: Er ist gegen den Strom geschwommen, hat sich der öffentlichen Meinung entgegengestellt und hat als Staatsmann von großem Format und ehrlicher Mensch gehandelt. Aber in dem gleichen Umfang, in dem er seinen politischen Kredit und das Gewicht seiner Politik in die Waagschale warf, bedeutet die Abstimmung vom 23. Oktober für ihn einen Mißerfolg“.

Wirklich ein Mißerfolg? Schließlich hat Deutschland es dem vielumstrittenen Saarabkommen zu verdanken, daß dieser Volksentscheid zustande kam, der als Barriere gegen Abtrennungsversuche wirken dürfte.

3. November 1955

Anekdotisches von der Moskauer Konferenz: Ein deutscher Teilnehmer der Moskauer Konferenz¹⁴¹ erzählte mir einige Einzelheiten, die auch Sie interessieren dürften. 80

Die deutsche Delegation gewann in Moskau den Eindruck, dort herrsche ein wirkliches Duumvirat von Chruschtschow und Bulganin. Anzeichen bestehender oder kommender Divergenzen waren nicht zu beobachten. Bulganin und Chruschtschow gelten als seit 30 Jahren befreundet.

Bei allen Persönlichkeiten, mit denen die Delegation zusammenkam, handelt es sich um Männer von hoher Intelligenz und ausgesprochen starkem Willen, wie es zu erwarten ist von Leuten, die so viele blutige Selektionen zu überleben verstanden. Übrigens gilt Bulganin als ein Gegner der Methode blutiger Regierungswechsel; darauf seien die unblutigen Eliminierungen Malenkows, Mikojans¹⁴² etc. in jüngster Vergangenheit zurückzuführen. Was Mikojan an-

¹⁴¹ Die Verhandlungen hatten vom 9. bis 13.9.1955 stattgefunden.

¹⁴² Mikojan, Anastas Iwanowitsch (1895–1978), 1935–1966 Mitglied des Politbüros, 1955–1964 einer der Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, 1964/65 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet (Staatsoberhaupt), stand auf der Seite Chruschtschows.

betrifft, trat er nicht in Erscheinung; er sei gegen die Einladung der Deutschen gewesen.

Alle Empfänge spielten sich in einer Atmosphäre überraschender Herzlichkeit ab. Zu dieser stand in frappantem Kontrast die Härte bei den Verhandlungen. Insbesondere in der Kriegsgefangenenfrage gab es überaus harte Auseinandersetzungen. Die Russen versteiften sich auf die These, daß die Entlassung der Kriegsgefangenen, dieser angeblichen „Kriegsverbrecher“, eine rein interne russische Frage sei und nicht gekoppelt werden dürfe mit der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Diesem Standpunkt stellte Adenauer die These gegenüber, daß diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den URSS nur dann nutzbringend aufgenommen werden könnten, wenn die Kriegsgefangenen entlassen würden; der bestehende Zustand sei für die Gemüter in Deutschland psychologisch einfach untragbar. Es ging bei dieser Diskussion hart auf hart, und es kam so weit, daß die deutsche Delegation bereits ihre Flugzeuge bestellte. Diese Entschlossenheit bewirkte das Einlenken russischerseits, wobei es zu dem bekannten ehrenwörtlichen Versprechen kam.

Im Zuge dieser Besprechungen kam es auch zu einem scharfen Auftritt. Chruschtschow hatte von den von den Deutschen in Rußland begangenen Verbrechen gesprochen. In seiner Antwort bestritt Adenauer nicht, daß solche begangen wurden, erinnerte aber, daß auch die russische Armee in Deutschland viel Böses begangen hätte. Darauf kam es zu der in der Presse geschilderten heftigen Reaktion Chruschtschows: es sei eine Beleidigung des russischen Volkes, von Verbrechen der russischen Armee zu sprechen! Adenauer antwortete, er hätte nicht von Verbrechen gesprochen. Als Gegner von Hitlers Regime distanzierte er sich von dessen Untaten und bemerkte – unter wachsender Spannung der Russen – jenes Regime sei durch das Verhalten des Auslands verlängert worden, indem mit Hitler – dabei richtete Adenauer seinen Blick auf Molotow – Besprechungen und Verhandlungen geführt worden seien und es zu Kontakten kam, wie zum Beispiel anlässlich – der Berliner Olympiade. Dieser unerwartet milde Schluß löste die Spannungen, andererseits hatten aber die Worte die Wirkung, daß von den Russen von da an das Thema der Vergangenheit nicht mehr aufgerührt wurde.

Im Zuge dieses Gesprächs kam es einmal auch zu beleidigenden Ausdrücken seitens Chruschtschows. Adenauer griff diese sofort auf und erklärte, er und die deutsche Delegation müßten sich eigentlich durch die von Chruschtschow gebrauchten Worte beleidigt fühlen, und er wäre es auch, wenn er nicht Chruschtschow als Mann von gutem Willen kennengelernt hätte. Deshalb und wegen des hohen Zieles, das die Verhandlungen verfolgen, gehe er über die Worte hinweg. Zu Beginn der folgenden Sitzung entschuldigte sich Chruschtschow ganz formell und erklärte, daß er bedaure, wenn Adenauer seine Worte als Beleidigung empfunden habe, und er ziehe diese Worte zurück.

Festes Auftreten bewährte sich überhaupt im Verkehr mit dem russischen

Gesprächspartner. Schon am Anfang erwies sich das als erforderlich, als die Russen dem deutschen Eisenbahnzug Schwierigkeiten machten; in diesem befand sich ein Waggon mit einem speziell isolierten und abgedichteten Abteil für geheime Besprechungen. Die Russen wollten unter allerhand Vorwänden den deutschen Zug auf Nebengeleise oder einen andern Bahnhof verschieben. Die feste Erklärung, daß unter diesen Umständen weitere Gespräche den Sinn verlören, bewegte die Russen, von ihrem Ansinnen Abstand zu nehmen.

Geheime Mikrophone hatten die Delegationsmitglieder in ihren Hotelzimmern nicht gefunden. Sie hatten auch nicht speziell gesucht, weil sie stets von der Annahme ausgingen, daß Abhörvorrichtungen vorhanden seien. Jedenfalls sah man überall Drähte, deren Zweckbestimmungen nicht ganz klar waren, oder in die Wände eingebaute vergitterte Gelasse. Um sich gegen Abhören einigermaßen zu schützen, setzte man sich ins offene Fenster, führte in leisem Ton das Gespräch und überließ es dem Straßenlärm, die Hörapparate am Registrieren der Unterhaltung zu hindern.

Das Wodka-Trinken sei nicht so gefährlich gewesen. Nie kam es zu Szenen eines Trinkgelages, wie dies vom Besuch in Belgrad berichtet worden war. Man konnte, ohne Anstoß zu erregen, in die Wodkagläser Weißwein einfüllen. Bulganin trinke übrigens schon seit vielen Jahren sozusagen keinen Wodka.

7. November 1955

Bonn zur Genfer Konferenz: Außenminister von Brentano zog am Freitag eine Art Zwischenbilanz der Genfer Konferenz.¹⁴³ Unter dem Eindruck der negativen russischen Vorschläge sprach er von dem erheblichen Rückschlag der Verhandlungen in Genf; daran trage die Intransigenz Moskaus die Schuld, denn die sowjetische Seite sei auf eine ernsthafte Diskussion der weittragenden westlichen Vorschläge überhaupt nicht eingegangen. Die sowjetischen Vorschläge sehen ein Sicherheitssystem vor auf der Basis des Status quo der deutschen Spaltung; von freien Wahlen sei nicht mehr die Rede. Dies stehe im Widerspruch zu den Direktiven der vier Regierungschefs, welche die gemeinsame Behandlung der Sicherheitsfrage und der Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen vorschreiben. Nach der bisherigen Haltung der Sowjets scheine Moskau die Wiedervereinigung in Freiheit nicht zu wollen, vielmehr zeichne sich das Gegenteil ab.

Der Minister betonte zwar, solange die Konferenz daure, sei das letzte Wort noch nicht gesprochen, und es scheine Anzeichen dafür zu geben, daß Molotow über Abänderungen seines Programms zu verhandeln bereit sei. Aber er stellte ausdrücklich fest, daß die Bundesregierung niemals einem Sicherheitssystem zustimmen werde mit zwei getrennten Teilen Deutschlands. Es gebe

¹⁴³ Die Genfer Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte hatte vom 18.–23.7.1955 stattgefunden.

auch keine Lösung der Deutschlandfrage auf der Basis des vorgeschlagenen „Gesamtdeutschen Rates“. Ebenso untragbar sei die Forderung nach Erhaltung der „sozialen Errungenschaften“ der Sowjetzone und ihre Ausdehnung auf die Bundesrepublik. Mit solchen Postulaten werde die deutsche Einheit praktisch torpediert.

Ich hatte Gelegenheit, mit Staatssekretär Hallstein über die Genfer Konferenz zu sprechen. Er war über die in der Deutschlandfrage eingetretene Versteifung natürlich sehr enttäuscht, doch durchaus nicht pessimistisch, da er von der gegenwärtigen Phase der Deutschland-Diskussion nicht viel mehr erwartet hatte. Er glaube nicht, sagte er mir, daß die Russen ihr letztes Wort gesprochen hätten. Es sei eine Szene in dem Spiel mit vielen Akten! Die Russen, welche die Entspannungspolitik kreierten, weil sie den Westen beruhigt und seinen Abwehrwillen einschläfert, werden diese Taktik, die ihnen bereits allenthalben Erfolg eintrug, nicht so schnell wieder aufgeben. Deshalb werden sie es in Genf nicht zu einem Bruch kommen lassen. Man stehe eben in einer weiteren Phase des Nervenkrieges. Den westlichen Delegierten sei übrigens aufgefallen, daß Molotow in den letzten Verhandlungen frappant nervös gewesen sei. Die Russen wollen ausprobieren, ob die von den Westmächten bisher gezeigte feste Haltung von Bestand sei. Über die Art und Weise, wie die Westmächte die Deutschlandfrage in der Konferenz behandeln, hörte ich kein Wort der Kritik, sondern nur Anerkennung und Lob. Die Information der deutschen Delegation geschehe prompt und eingehend.

21. November 1955

82 *Gescheiterte Genfer Konferenz:* Ich gebe Ihnen die Summe einer Reihe von Gesprächen, die ich dieser Tage über die Genfer Konferenz geführt hatte.

Der Eindruck des offiziellen Bonn: „Die Wiedervereinigung sei – derzeit wenigstens – unlösbar!“, rief natürlich tiefe Enttäuschung hervor. Obwohl man hier nie viel von dieser Konferenz hielt, erwartete man nicht einen so negativen Ausgang. Daß Molotow die Vorschläge des Westens zur Wiedervereinigung beiseite schob, verwunderte nicht weiter; überraschend wirkte aber, daß Molotow den Schleier lüftete von seinem eigentlichen Ziel, ganz Deutschland kommunistisch zu machen. Ob Molotows Désintéressement für die westlichen Vorschläge zur Sicherung der URSS gegen deutsche Aggressionen ganz echt sei, wird bezweifelt. Diese Haltung sei ihm diktiert, weil er – wegen der Auswirkungen auf die Satelliten – die Sowjetzone unter keinen Umständen preisgeben darf. Deshalb keine freien Wahlen, selbst nicht um den Preis der Neutralisierung Deutschlands.

Hinsichtlich der Frage: „Wie weiter?“, beobachte ich in den maßgebenden Kreisen Ratlosigkeit. Man ist sich über Mittel und Wege, mit denen die Wiedervereinigung angestrebt werden soll, noch nicht im klaren. Vorläufig spricht

man viel von einer Belebung der europäischen Integrationspolitik. Wie ich hörte, werden nächstens solche Vorstöße unternommen werden. Ob diese – nach der Verwerfung der EVG und des Saar-Statuts – zu mehr als Teilintegrationen führen, dürfte problematisch sein. Diese Europapolitik scheint mir mehr ein Gerede, um die augenblickliche Verlegenheit zu überbrücken, denn eine Neuauflage der Integrationspolitik dürfte die Russen kaum zum Einlenken in der Frage der Wiedervereinigung veranlassen.

Bonn sieht die im Juli eingeleitete internationale Entspannung in voller Auflösung, was zur Politik der Stärke zurückführen dürfte. Ob das auch eine Rückkehr zum kalten Krieg bedeutet? Man glaubt es nicht! In den USA kann die republikanische Partei einen Rückfall in den kalten Krieg nicht brauchen mit Rücksicht auf die Präsidentenwahlen; Moskau will ihn nicht, weil er den militärischen Anstrengungen des Westens neue Impulse gäbe. Immerhin registriere ich eine Äußerung des hiesigen US-Botschafters, wonach man in drei bis vier Monaten in den kalten Krieg zurückfallen werde.

Trotzdem wird die Genfer Konferenz hier nicht als völlig ergebnislos taxiert. Sie erbrachte zwei Ergebnisse: Festigkeit des Westens und noch bessere Klarheit über Haltung des Ostens.

1. Über Ziel und einzuschlagende Methode ergab sich in Genf völlige Einigkeit der drei Westmächte. Das deutsche Anliegen der Wiedervereinigung wurde vom Westen 100%ig vertreten. In der am Schluß der Konferenz abgegebenen Dreimächteerklärung bekennen sich Washington, London und Paris in förmlicher Weise zu einer gemeinsamen Politik für die Wiedervereinigung und verpflichten sich, sich für diese Politik auch in Zukunft einzusetzen.

2. Bonn begrüßt, daß die Konferenz größere Klarheit über die Haltung Rußlands schuf. Sie enthüllte Moskaus Ziel, ganz Deutschland kommunistisch zu machen. Dies – hofft man – sollte die Hoffnung derjenigen deutschen Politiker dämpfen, die glauben, die Wiedervereinigung Deutschlands könnte in direkten deutsch-sowjetischen Verhandlungen eher erreicht werden.

In Regierungskreisen gibt man sich darüber Rechenschaft, daß augenblicklich nicht viel anderes übrig bleibt, als Geduld zu üben. Bonn hat beide Genfer Konferenzen, die vom Juli und die vom Oktober, für verfrüht gehalten; deshalb ist man nicht unglücklich, daß Genf auf die Ansetzung einer weiteren Konferenz verzichtete. Daß die Russen in Genf nicht ihr letztes Wort gesprochen hätten, hoffen die Deutschen auf Grund ihres in Moskau gewonnenen Eindrucks, die URSS könnten nicht gleichzeitig drei Sachen prästieren: Rüstungswettlauf, Erhöhung des Lebensstandards und noch Hilfen an die Satelliten!

Diese Politik des Abwartens in der Praxis durchzuführen, wird schwer fallen. Die Deutschen werden nicht resignieren. Vielmehr wächst die Furcht, die junge Generation der Ostzone erliege der kommunistischen Propaganda; infolgedessen bemächtigt sich der Öffentlichkeit in der deutschen Frage eine zunehmende Ungeduld; nicht nur die Opposition, nicht nur die Rechtskreise,

sondern die eigene Partei wird zunehmend drängen. Die Spannung um die deutsche Frage wird sich erhöhen.

5. Dezember 1955

- 83** *Erfreuliche außenpolitische Debatte des Bundestags:* Am 1./2. Dezember fand die wegen Adenauers Krankheit verspätete außenpolitische Debatte über die Genfer Konferenz statt. Um das Ergebnis gleich vorweg zu nehmen: der außenpolitische Kurs Bonns bleibt unverändert, trotz der schleichenden Koalitionskrise, die der Parteichef der Freien Demokratischen Partei (FDP), Ex-Minister Dehler, mit seiner Idee provoziert hatte, die Wiedervereinigung in direkten Verhandlungen mit der URSS zu versuchen, also auf einem Adenauers Politik diametral entgegengesetztem Weg. In der Debatte setzte sich niemand, selbst nicht die FDP, dafür ein. Die Resolution der Regierungsparteien wurde von fast 2/3 der Abgeordneten gebilligt.

Zentralpunkt war die vom neuen Außenminister von Brentano abgegebene Erklärung der Bundesregierung zur außenpolitischen Lage. Ich stelle ihre Hauptgedanken heraus:

1. Zuerst gab Brentano eine Analyse der Genfer Konferenz: die Schuld am Scheitern der Genfer Konferenz falle einzig auf Molotow; den Vorwurf, die deutsche Regierung hätte zu wenig Initiative entfaltet, wies er energisch zurück: es könne Bonn nicht zur Last gelegt werden, daß es nicht am Konferenztisch saß. Die Regierung sei fortlaufend von den Westmächten konsultiert worden, und alle ihre Anliegen seien in die Anträge der Westmächte eingegangen.

2. Dann zeigte Brentano, wie inakzeptabel die sowjetischen Bedingungen in der deutschen Frage wären: ein europäisches Sicherheitssystem, aber auf der Grundlage der *Teilung* Deutschlands – Auflösung der Militärbündnisse, aber unverändert fortbestehende politische *Abhängigkeit* der *Satelliten-Neutralisierung* Deutschlands – *Räumung* Deutschlands durch die vier Besatzungsmächte, was einen eminenten strategischen *Vorteil* für die Sowjets bedeuten würde – Entmilitarisierung Deutschlands – Anerkennung der DDR durch die Westmächte – Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, in welchem die *viermal* kleinere DDR auf *gleichem Fuß* behandelt würde – Erhaltung der „sozialen Errungenschaften“ (lies kommunistischen) der DDR, was auf eine Gleichschaltung der Bundesrepublik mit der DDR hinausliefe.

3. Der letzte Teil galt der deutschen Außenpolitik. Was Brentano vortrug, war realistisch, aber wenig hoffnungsvoll. Der Kern dieser Ausführungen liegt in folgendem:

a) Aus der Genfer Konferenz zieht die Regierung die Folgerung: man kann im Augenblick durch keine Verhandlungen die Wiedervereinigung erreichen. Beschwörend machte Brentano die Welt darauf aufmerksam – den Westen und

vor allem auch den Osten –, daß Deutschland in diesem Hauptpunkt nie resigniere!

b) Festhalten am Bündnis mit dem Westen und Ablehnung von Separatverhandlungen mit dem Kreml: „Die Bundesregierung wird die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands weiterhin in engster Zusammenarbeit mit den verbündeten Westmächten fortsetzen. Sie denkt nicht daran, diese so unendlich wertvolle Freundschaft und Unterstützung durch Unaufrichtigkeit zu gefährden. Die feste Verankerung Deutschlands in der Gemeinschaft der europäischen Völker und der atlantischen Gemeinschaft bietet die sicherste Gewähr dafür, daß das wiedervereinigte Deutschland niemals mit seinen politischen und wirtschaftlichen Kräften Mißbrauch treiben wird.“

Mit der Debatte wollte man, da ihr die von Ex-Minister Dehler provozierte Koalitionskrise vorausging, dem Westen die Vertrauenswürdigkeit Bonns demonstrieren und andererseits die innere Front so eng wie möglich schließen. Letzteres gelang weitgehend. Die Debatte verlief ohne Schärfe. Ollenhauer verzichtete auf Kampfstil und zeigte sich sehr versöhnlich. Er lehnte eine Schaukelpolitik zwischen West und Sowjets ab; er betonte die Kompromißlosigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gegenüber dem Bolschewismus. „Eine Wiedervereinigung kann nur auf der Basis von Recht und Freiheit erfolgen.“ Die Meinungsverschiedenheit beginnt bei der Frage, wie die Zustimmung Moskaus zur Wiedervereinigung zu gewinnen sei. Die SPD möchte eine Anpassung der Pariser Verträge mit dem Westen diskutieren, wenn bestimmte militärische Formeln dieser Verträge sich als Hindernis der Wiedervereinigung erwiesen.

Alles in allem sah ich noch nie solche Einmütigkeit bei einer außenpolitischen Debatte. Trotzdem dürfte eine gemeinsame Außenpolitik nicht so bald bevorstehen. Höchstens die Möglichkeiten haben sich vergrößert, Hoffnungen wurden geweckt. Diese Tatsache verdient immerhin registriert zu werden.

Die Debatte machte die Hauptschwäche der deutschen Außenpolitik neuerdings offenbar. Über das Ziel – die Wiedervereinigung – sind sich die Parteien einig, nicht aber über den Weg. Wenn Molotow die Schuld am Scheitern der Genfer Konferenz zugeschoben wird, wenn man Separatverhandlungen mit dem Kreml ablehnt, wenn man sich weigert, für die Wiedervereinigung die Freiheit und Unabhängigkeit der Bundesrepublik zu opfern, so ist das sicher richtig, aber es genügt nicht, lediglich zu erklären, was man nicht will. Entscheidend ist: welches Programm die Bundesregierung entgegenzustellen hat. Auf diese Frage gibt die Regierung keine Antwort. Auch nicht die Opposition! Sie forderte: „das Gespräch über die Wiedervereinigung so gut als möglich in Gang zu bringen“.

Brentano hatte ein sehr gutes Début! Seine Regierungserklärung wirkte fest, sachlich und klar und wurde vom Parlament – auch wenn die Opposition nicht klatschte – mit Sympathie aufgenommen. Mit diesem Auftreten hat sich Brentano – noch mehr als bisher – in die ersten Ränge der Politiker gestellt. In den

Gesprächen über die mutmaßlichen Kanzler-Nachfolger hört man nunmehr auch seinen Namen zitiert.

Adenauer hat der zweitägigen Debatte von A bis Z beigewohnt. Die kaum überstandene Krankheit war ihm an seiner außerordentlichen Blässe deutlich anzusehen. Im übrigen zeigte er die alte Lebhaftigkeit. Er intervenierte bloß ein einziges Mal in der Debatte, dafür in ungewöhnlicher und eindrucksvoller Weise: nach Ollenhauers maßvoller Rede dankte er ihm, daß auch er „die Freiheit als Vorbedingung der Wiedervereinigung voraussetzte und die Ausbreitung der sozialen Errungenschaften der DDR ablehne“. Der ungewohnte Ton, die verbindlichen Worte verfehlten nicht ihren Eindruck. Wenn Adenauer zeigen wollte, er sei noch der Alte, so ist ihm dies voll gelungen!

Mit dieser Aussprache scheint mir übrigens die durch Dehlers unglückliche Rhetorik provozierte Koalitionskrise beseitigt. Der Kurs der deutschen Außenpolitik bleibt unverändert.